

**Vorschlag des Ortsbeirates Darmstadt-Wixhausen vom 20. Februar 2014 betr.  
verschobene Studie zu den Auswirkungen einer Streuung der Flugroute "König kurz"  
umgehend in Auftrag zu geben**

**Der Ortsbeirat  
Darmstadt-Wixhausen**

**Vorschlag des Ortsbeirates Darmstadt-Wixhausen  
betr.**

**Instandsetzung der Gehwege zu den Betonplatten der Brücke über den  
Mühlbach in der Brückengasse**

Darmstadt, 20.02.2014

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Darmstadt wird beauftragt, die bereits am 09.12.2010 von der Stadtverordnetenversammlung (STAVO) verabschiedete und in der Sitzung der STAVO am 18.12.2012 verschobene Studie zu den Auswirkungen einer Streuung der Flugroute „König kurz“ umgehend in Auftrag zu geben.

**Begründung:**

Seit längerer Zeit sind die nördlichen Stadtteile der Wissenschaftsstadt Darmstadt einer erheblichen Belastung durch Fluglärm ausgesetzt. Insbesondere seit Inbetriebnahme der neuen Landebahn ist außerdem zu beobachten, dass die tatsächlichen Abflüge weit nördlich verlaufen und damit bebauten Gebiet schneiden. Dies führt insbesondere für Wixhausen zu einer steigenden Belastung. Negative Auswirkungen hat der Lärm dabei nicht nur auf die Bevölkerung – auch die Stadtentwicklung wird im Norden durch die Bauverbote erheblich beeinträchtigt.

Ein unhaltbarer Zustand in Anbetracht des erheblichen Bevölkerungsdrucks. Deshalb hat die Stadt Darmstadt bereits vor mehreren Jahren eine Streuung der Flugrouten über dem Stadtgebiet beantragt.

Am 10.12.2010 stimmte das Stadtparlament mit breiter Mehrheit für die Erstellung einer eigenen Studie mit städtischen Geldern. Diese Studie sollte Aufschluss über die Auswirkungen einer Streuung der Flugrouten über dem Stadtgebiet der Wissenschaftsstadt Darmstadt bringen. Leider wurden mit diesem Antrag keine Geldmittel verabschiedet, so dass zunächst Gelder innerhalb der Verwaltung angespart werden mussten.

Auch schien es zunächst aus fachlicher Sicht angebracht, das Urteil aus Leipzig bezüglich des Nachtflugverbots abzuwarten, um mit gesicherten Rahmenbedingungen arbeiten zu können. Zwischenzeitlich liegt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vor. Aus Sicht des Antragstellers gibt es deshalb keine sachlichen Gründe weshalb die 50.000 Euro, die laut Aussage des Kämmerers in der Zwischenzeit durch die Verwaltung aus Haushaltsausgaberesten angespart wurden, nicht für die Erstellung des Gutachtens verausgabt werden sollten.

Den Hinweis auf die aktuell durch das Forum Flughafen und Region angestellten Überlegungen hinsichtlich einer Verschiebung der Flugroute „König kurz“ nach Norden, sehen wir als nicht maßgeblich an, da sich beide Maßnahmen nicht gegenseitig ausschließen.

Ziel dieser Studie als Prognose sollte, anhand der seit Inbetriebnahme der neuen Landebahn vorliegenden Daten sein, wie sich eine gleichmäßige Streuung der Abflurouten über Darmstadt für die einzelnen Ortsteile bezüglich der Lärmbelastung (+/-) auswirken würde. Hierzu bedarf es keiner neuen Datenerhebung.

Entsprechende Berechnungen von fachkundigen Laien, die sich mit der Auswirkung der Streuung von Abflugrouten und der damit verbundenen Verteilung des Fluglärms auf die Region südlich von Wixhausen beschäftigt haben, liegen bereits vor und sollten, dies schlagen wir vor, bei der Ausarbeitung des Design der neuen Studie nach Prüfung der Verwendbarkeit berücksichtigt werden.

Das Ergebnis der Studie wird auch die Diskussionsbasis bezüglich der Streuung der Abflugrouten über Darmstadt für den Magistrat und der Stadtverordneten verbessern, wenn sie gegenüber den überörtlichen Gremien und der Bevölkerung in den südlichen Stadtteilen von Darmstadt eine erhöhte Lärmbelastung aufgrund evtl. neu auf sie zukommenden Fluglärms begründen müssen.

Das Ziel aller Bestrebungen hinsichtlich des Fluglärms muss eine möglichst geringe Belastung durch den Flughafen der Bevölkerung und eine gleichzeitig zu erfolgende möglichst gerechte Verteilung der Restbelastung sein. Es ist zu bedenken, dass Bürgerinnen und Bürger aus allen Stadtteilen den Flughafen nutzen.

Ein einfaches Verschieben nach Norden nach dem derzeit praktizierten „Minimal Noise“ - Verfahren, wird zwangsläufig neue schwer Betroffene schaffen und wird unserem Anspruch nicht gerecht.

Moritz Röder  
Ortsvorsteher